Reden in der Plenarsitzung



Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit; Mitglied des Dom-Römer-Ausschuss



28. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar 2014

Tagesordnungspunkt 9: Klinikum Höchst

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Als Erste hat Frau Stadtverordnete Pauli von der LINKE.-Fraktion das Wort, weil diese den Antrag zur Tagesordnung I gestellt hat. Ihr folgt dann Frau Stadtverordnete Dr. Wolter-Brandecker von der SPD-Fraktion und danach Frau Stadtverordnete David von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Pauli!

Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Heilig!

Ich möchte einmal vorausschicken, dass wir als LINKE. natürlich auch nicht blind für die Realität sind. Auch wir wollen, dass das Höchster Krankenhaus wirtschaftlich vernünftig geführt wird und wirtschaftlich vernünftig funktioniert. Wir sind für enge Kooperationen mit umliegenden Krankenhäusern und deshalb auch für eine Überprüfung, inwieweit die momentan vorhandene Bettenanzahl zu halten ist oder nicht. Selbstverständlich kann man das alles prüfen, selbstverständlich sollte man da auch aktiv herangehen.

Was mich ein bisschen irritiert, und das ist der Hauptpunkt, zu dem ich jetzt reden möchte, ist, dass alles, was jetzt geplant ist, überwiegend auf dieses Gutachten der Beratungsfirma KPMG fußt, und dass Sie sich, wie ich das vorhin in der Rede schon einmal sagte, darauf verlassen, sogar ziemlich blind darauf verlassen. Oder sind Sie mit gewissen ideologischen Scheuklappen behaftet? Ich weiß es nicht.

Ich möchte deshalb gerne auf ein paar Punkte eingehen, die mir in diesem Gutachten besonders aufgefallen sind. Zum einen steht in diesem Gutachten, dass die KPMG den Kliniken des Main-Taunus-Kreises, und ganz besonders dem Klinikum Frankfurt Höchst, nichts anderes als ineffiziente Unfähigkeit bescheinigt. Der Personalaufwand wird abschätzig als größter Kostentreiber bezeichnet. Nun muss man natürlich konzedieren, dass der Personalaufwand ein hoher Kostenfaktor ist, aber Kostentreiber ist nach meiner Ansicht diese ideologisch eingefärbte Behauptung. Damit fängt es an, außerdem wird dadurch ein Zerrbild gezeichnet.



Die Kliniken leisten unter den gegebenen Umständen - und die sind nicht so gut - eine hervorragende Arbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nach wie vor motiviert und patientenorientiert, und das trotz intensivem Arbeitsdruck, der sicher auch der Tatsache geschuldet ist, dass die Verhältnisse an deutschen Krankenhäusern mittlerweile - Sie haben es ganz richtig ausgeführt, Frau Heilig - sehr viel schlechter geworden sind und noch schlechter werden.

Noch einmal zurück zur Einschätzung der KPMG. Wie kommen die dazu beziehungsweise wie haben die sich das ganze Bild angeschaut? Die KPMG betreibt für ihre Analyse der Ausgangslage der Kliniken keine Prozessbeobachtungen, das gehört in diesem Fall nicht zu ihrem Repertoire, sondern beschränkt sich auf eine reine Marktanalyse und eine betriebswirtschaftliche Betrachtung. Nach Ansicht der LINKE. wäre es klüger gewesen, wenn beides zusammengeführt worden und zum Beispiel für die Prozessbeobachtung innerhalb der einzelnen Kliniken das Know-how der Beschäftigten mit einbezogen worden wäre.

(Beifall)

Das hat leider nicht stattgefunden, das hätten Sie, Frau Heilig, anfordern müssen. So muss ich zwangsläufig zu der Konklusion kommen, dass es für den Magistrat ausreicht, wenn eine Institution, die der Daseinsvorsorge der medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu dienen hat, wie eine Wurstfabrik betrachtet wird, und auch die gleichen Maßstäbe angelegt werden.

(Beifall)

Ein Krankenhaus hat sich nach Ihrer Vorstellung mittelfristig selbst zu tragen und langfristig Gewinne zu erwirtschaften. Weil Sie in Bezug auf die Vorstellungen, die Herr Cyriax hat, schon Einschränkungen gemacht haben, hat es mich erleichtert, dass Sie das ein bisschen realistischer sehen.

Nichtsdestotrotz, um diese mittel- und langfristigen Erwartungen zu erreichen, empfiehlt die KPMG die Fusion beziehungsweise die Konstruktion mit den zwei Krankenhausgesellschaften und einer strategischen Dachgesellschaft. Damit verbunden gibt es eine Menge Annahmen und Maßnahmen, die nichts Gutes erahnen lassen und viele weitere Fragen aufwerfen, von denen ich Ihnen gerne ein paar vortragen möchte.

Warum geht die KPMG davon aus, dass die fusionierten Kliniken eine Steigerung der Fallzahlen um 4.000 Patienten realisieren können? Woher stammt diese Annahme und auf welcher belastbaren Datenbasis beruht sie? Das sagt uns die Kurzfassung nicht. Zweitens: Warum wird empfohlen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zu gründenden Servicegesellschaften zu beschäftigen? Sie haben selber gesagt, Frau Heilig, es geht darum, durch diese Servicegesellschaften preiswertere Arbeitsplätze zu schaffen. Hier würde ein Zweiklassensystem in der Belegschaft entstehen, die einen arbeiten mit ordentlichen guten Verträgen, können Leistungsberechtigungen bei der Zusatzversorgungskasse erwerben und die anderen haben deutlich schlechtere Verträge, unter Umständen auch mit mehreren Tarifverträgen, in einer eigenen Servicegesellschaft. Das empfiehlt die KPMG.

Was die Arbeitnehmervertretung anbelangt, schauen Sie sich die Grafik auf Seite 51 an, die MTK Kliniken GmbH und das Klinikum Höchst haben da jeweils einen eigenen Betriebsrat eingezeichnet, aber von einem Gesamtbetriebsrat ist nicht die Rede. Ich finde, auch das lässt tief blicken, und überhaupt ist in diesem ganzen Bericht kein einziges Wort darüber geschrieben, wie die Beschäftigten



konstruktiv in den ganzen Prozess eingebunden werden sollen. Ich habe es vorhin schon einmal gesagt.

Punkt drei: Warum wird vorgeschlagen, die Kliniken zu einem Tendenzbetrieb erklären zu lassen? Da liegt nur eine Antwort auf der Hand. Der Grund liegt darin, dass die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertretung in Tendenzbetrieben deutlich eingeschränkt ist. Sonst gibt es keinen Grund dafür.

(Beifall)

Punkt vier: Warum und auf welcher Datengrundlage vergleicht die KPMG auf Seite 11 private mit öffentlichen Kliniken? Die wenigsten privaten Krankenhäuser sind Kliniken der Maximalversorgung, sondern betreiben Rosinenpickerei und verdienen viel Geld damit. Mit welchen öffentlichen Kliniken wurde verglichen? Ich habe mich erkundigt, in der Datenbank, die benutzt wurde, waren eben auch Fachkliniken, die sehr viel besser dastehen, das können Sie sich an der St. Josefs-Hospital in Wiesbaden anschauen, die in den letzten Jahren noch ordentlich Gewinne eingefahren hat und dieses Jahr immerhin eine schwarze Null schreibt.

Auch hier hat die KPMG, meiner Ansicht nach, mit einer nicht qualifizierten Datenbasis gearbeitet und damit Behauptungen untermauert, zum Beispiel, dass besonders die Höchster Kliniken zu hohe Personalkosten haben. Da kann man dann bei der Gelegenheit als LINKE. natürlich nicht darauf verzichten anzumerken, dass das Krankenhaus noch abservierte oder sich als unfähig erwiesene Geschäftsführer finanzieren muss. Wenn man das einmal herausrechnen würde, wäre das Ergebnis schon ein klein wenig besser. Das nur einmal am Rande.

Übrigens wird in dem neuen Konzept von KPMG nicht an Geschäftsführern gespart. Jede einzelne der beiden Krankenhausgesellschaften wird ordentlich damit ausstaffiert und die Dachgesellschaft auch noch. Ich will gar nicht abstreiten, dass es notwendig ist, gewisse organisatorische Strukturen zu schaffen, aber in welchem Ausmaß? Meiner Ansicht nach sind hier Sparpotenziale vorhanden.

Punkt fünf, der mir aufgefallen ist: Warum erwähnt die KPMG die Schulen nicht, die am Klinikum in Höchst bestehen? Die einzige Erwähnung, die ich gefunden habe - korrigieren Sie mich bitte, wenn ich etwas Falsches sage - steht auf Seite 46. Da wird empfohlen, eine Krankenpflegerschule bei der Dachgesellschaft anzusiedeln, damit die die Gemeinnützigkeit bekommt. Beide Dinge finde ich ziemlich verwunderlich und was mit den anderen Lehranstalten ist, wird überhaupt nicht genannt.

Punkt sechs: Warum gibt es dezidierte Vorschläge über die Handelbarkeit der Anteile an der Klinikgesellschaft? Ist auf längere Sicht vielleicht doch ein Verkauf geplant oder hat die KPMG das wenigstens irgendwie mit eingebracht? Vielleicht ein Verkauf von Anteilen, um dann doch irgendwann einen privaten Investor ins Boot zu holen? Irgendwann, in ein paar Jahren werden Sie merken, dass alle Versprechungen der KPMG, denen Sie so leicht geglaubt haben, doch nicht eingetroffen sind. Dann werden Sie wieder die KPMG holen oder PricewaterhouseCoopers oder irgendeine andere Beratungsgesellschaft, die Ihnen dann erklärt, das war nicht so gut, aber jetzt wissen wir, wie es geht und in Zukunft wird alles prima.

Punkt sieben: Der KPMG-Bericht schlägt vor, dass die jeweiligen Eigentümer mögliche Verluste in Zukunft nur noch anteilig tragen sollen, den Rest soll die Dachgesellschaft aufbringen. Jetzt frage ich Sie: Woher soll denn das Geld kommen? Woher soll die Dachgesellschaft das Geld haben, wenn Verluste eingefahren werden? Das ist meiner Ansicht nach einer der Knackpunkte, der zeigt, dass



damit in der Konsequenz der Bestand der Klinik gefährdet ist. Da würde ich sagen, Offenbach lässt grüßen.

(Beifall)

Punkt acht, der am schwierigsten zu knacken sein wird. Die KPMG äußert sich ganz eindeutig zum Gestellungsvertrag. Sie haben es hier inhaltlich wiedergegeben, Frau Dezernentin. Die Fortführung der Personalgestellung könnte bedeuten, dass die Kliniken in Zukunft mehrwertsteuer- und umsatzsteuerpflichtig sind, das würden sieben bis acht Millionen Euro pro Jahr bedeuten. Damit wären alle Synergieeffekte, selbst die, von denen man nur träumt, wieder aufgebraucht.

Abgesehen von all diesen Punkten, die mir aufgefallen sind, hat die KPMG die Behauptung, dass im medizinischen Bereich der größte Brocken eingespart werden kann, nach meiner Ansicht wieder relativiert. Schauen Sie auf die Seite 22, da werden einige dieser Maßnahmen aufgeführt, die im primären Bereich mordsmäßige Einsparungen bringen sollen, und dann schreibt die KPMG, die Umsetzungswahrscheinlichkeit liegt bei circa 50 Prozent. Wenn das eine Brücke wäre, wäre ich mit großer Vorsicht ausgestattet und würde da nicht unbedingt drüber gehen.

Frau Heilig, unserer Ansicht nach wäre es unglaublich wichtig, dieses Machwerk der KPMG sehr kritisch zu betrachten und sich nicht darauf zu verlassen. Deshalb haben wir heute unser Votum geändert und den Vorschlag der RÖMER-Fraktion aufgegriffen. Wir finden die Idee mit einem Runden Tisch, an dem wirklich alle sitzen und sich konstruktiv und kreativ mit dem Höchster Krankenhaus und eventuell mit der engeren Kooperation mit den Main-Taunus-Kliniken beschäftigen werden, gut.

Meiner Ansicht nach ist allein ein Neubau, wenn der vernünftig gemacht wird - die Planungen hatten Sie uns bereits vorgestellt, die waren sehr gut -, sinnvoll. Mit den optimierten und effizienteren Abläufen im Neubau wäre schon eine ganze Menge gewonnen, und damit sollten wir anfangen. Im Übrigen ist die LINKE. natürlich der Ansicht, dass, wenn der Zuschuss für das städtische Krankenhaus neun Millionen Euro pro Jahr beträgt, dies ein Bruchteil dessen ist, was wir für die Oper ausgeben, und das sollte uns die Gesundheit in Frankfurt wert sein. Vielen Dank!

(Beifall)